

#SOZIALPOLITIK #RENTE 27. März 2020

Rentenkommissionsbericht enttäuscht – EVG fordert gerechte Rente über 2025 hinaus

Am heutigen Freitag hat die Rentenkommission der Bundesregierung ihren Bericht zur künftigen Entwicklung der Rente vorgelegt. Der stellvertretende EVG-Vorsitzende Martin Burkert zeigt sich vom Ergebnis weitgehend enttäuscht und fordert die Politik zu einem klaren Kurs für eine langfristig gerechte Rente auf.



„Den Vorschlag, das Rentenniveau ab dem Jahr 2026 in einem Korridor von nur 44 bis 49 Prozent festzuschreiben, lehnt die EVG gemeinsam mit dem DGB entschieden ab. Das hat der DGB auch in einem Sondervotum im Bericht klargestellt“, so Martin Burkert. „Die Große Koalition hat bis 2025 eine gesetzliche

Haltelinie von 48 Prozent eingezogen – diese muss auch darüber hinaus gelten. Wir erwarten gerade von der SPD, dass sie an ihrer Beschlusslage festhält, das Rentenniveau langfristig mindestens auf heutigem Niveau zu stabilisieren.“

Die DGB-Gewerkschaften weisen deshalb auch den Kommissionsvorschlag zurück, die Standardrente eines durchschnittlichen Beitragszahlenden von 45 auf 47 Entgeltpunkte heraufzusetzen. „Auf diesen Rechenrick fallen wir nicht herein! Damit würde das Rentenniveau nur höher aussehen, ohne dass mehr Rente gezahlt würde“, erklärt der stellvertretende EVG-Vorsitzende. Viele Menschen bekommen aufgrund von Bildungszeiten und unterbrochenen Erwerbsbiografien heute schon kaum die 45 Jahre zusammen – erst recht keine 47 Jahre. „Es darf damit zu keiner Rente mit 70 durch die Hintertür kommen.“

Deshalb haben sich die DGB-Gewerkschaften mit Erfolg dagegengestemmt, dass die Kommission eine Anhebung der Regelaltersgrenze vorschlägt. „Die Rente mit 67 war schon ein Fehler und ist für viele Beschäftigte schlicht nicht erreichbar“, so Martin Burkert. Um die Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbreitern, plädiert der EVG-Vize dafür, neben Selbständigen künftig auch Abgeordnete einzubeziehen.

Zudem fehlen im Rentenkommissionsbericht konkrete Forderungen zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. „Als EVG machen wir uns für eine gute betriebliche Altersvorsorge in unserem Organisationsgebiet stark und haben gute tarifliche Regelungen erkämpft. Wir erwarten von Seiten der Politik mehr Rückenwind für gute Betriebsrenten als zusätzliches Standbein der Alterssicherung. Einen Zwang zu privater Vorsorge zulasten der Beschäftigten lehnen wir ab“, so Martin Burkert abschließend.